

Beirat Östliche Vorstadt

8. November 2016

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis'90 / Die Grünen, Die Linke, der CDU, DIE PARTEI und der FDP

Dialog zuerst! Keine Veränderung der Oberstufen-Zuordnung im Hau-Ruck-Verfahren ohne Einvernehmen mit den Betroffenen

Der Beirat Östliche Vorstadt ist überrascht von der Mitteilung der Senatorin für Kinder und Bildung, eine Veränderung in der Zuordnung der beiden Oberschulen im Stadtteil zu Gymnasialen Oberstufen kurzfristig noch zum Schuljahr 2017/18 vornehmen zu wollen.

Der Beirat erkennt die Raumproblematiken der Gymnasialen Oberstufen an der Oberschule am Leibnizplatz und am Gymnasium an der Hamburger Straße grundsätzlich an. Dass eine Neuordnung der Zuordnungen erforderlich werden könne, wurde den Schulen und dem Beirat bereits zu einem früheren Zeitpunkt aus der Verwaltung mitgeteilt, ohne jedoch einen konkreten Zeitpunkt dafür zu benennen.

Der Beirat kritisiert jedoch ausdrücklich das von der Senatorin für Kinder und Bildung gewählte Verfahren, die betroffenen Schulen, die betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern, aber auch den Beirat und das Ortsamt erst unmittelbar vor Beginn der Herbstferien zu informieren. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde angekündigt, dass eine Entscheidung mit unmittelbarer Gültigkeit schon nach den kommenden Sommerferien bereits in der Novembersitzung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung gefällt werden solle.

Für diejenigen Schülerinnen und Schüler an den Oberschulen in der Östlichen Vorstadt, die zum Schuljahr 2017/18 einen Übergang in die Gymnasiale Oberstufe anstreben, hat das abschließende zehnte Schuljahr bereits begonnen. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigen sich derzeit intensiv mit der Fragestellung, welches weiterführende gymnasiale Schulangebot für sie in Frage kommt. Für diese Schülerinnen und Schüler stellt eine so kurzfristige Veränderung in den dafür gültigen Rahmenbedingungen eine unnötige und nur schwer zumutbare Belastung dar.

Zudem arbeiten Oberschulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, die sich nicht ohne Vorbereitung an andere Standorte verpflanzen lassen. Für eventuell notwendige Veränderungen wird daher ausreichend zeitlicher Vorlauf benötigt, um sich auch pädagogisch darauf vorbereiten zu können.

Der Beirat nimmt zur Kenntnis, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter der Oberschule an der Schaumburger Straße mit einer Änderung der Zuordnung vom Gymnasium an der Hamburger Straße zur Gymnasialen Oberstufe der Oberschu-

le Findorff einverstanden erklären. Der Beirat stimmt daher trotz der vorgebrachten grundsätzlichen Bedenken gegen das Verfahren dieser Änderung zu.

Die vorgeschlagene Änderung der Zuordnung der Oberschule Gesamtschule Bremen-Mitte trifft bei den Betroffenen vor Ort in der Schule jedoch auf Ablehnung. Der für den politischen Entscheidungsprozess angesetzte Zeitraum ist für einen der Problematik entsprechenden vertieften Dialog nicht ausreichend bemessen worden. Hier sollte über die berechtigten Interessen der Schülerinnen und Schüler auf Vertrauensschutz im bereits begonnenen Abschlussjahr hinweg eine bildungspolitische Entscheidung »durchgedrückt« werden.

Der Beirat stimmt daher der vorgeschlagenen Änderung der Oberstufenzuordnung für die Oberschule Gesamtschule Bremen-Mitte nicht zu.

Der Beirat begrüßt die Ankündigung des Staatsrates Pietrzok, die vorgeschlagene Veränderung der Zuordnung der Oberschule Gesamtschule Bremen-Mitte zu einer Gymnasialen Oberstufe nicht mehr zum Schuljahr 2017/18 vorzunehmen und eine Übergangslösung von zwei Jahren zu prüfen. Dieser Zeitraum soll für eine transparente und ergebnisoffene Diskussion über die geplanten Änderungen der Zuordnungen genutzt werden, um mit allen betroffenen Schulen zu einer einvernehmlichen und langfristig tragfähigen Lösung zu kommen.

Der Beirat übermittelt seinen Beschluss an sämtliche Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen und an die Beirätekonferenz verbunden mit der Bitte um eine Befassung der Problematik auf gesamtstädtischer Ebene.

Alexia Sieling und Fraktion der SPD

Silke Ladewig-Makosch und Fraktion der Grünen

Helmut Kersting und Fraktion Die Linke

Peter A. Kadach und Fraktion der CDU

Marco Manfredini und Fraktion DIE PARTEI

Jürgen Schultz und Fraktion der FDP

Einstimmiger Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt
vom 08. November 2016